

# Slowenien

Sabine Willenberg

Wiederholt gelang es dem einstigen EU-Musterknaben Slowenien nicht, aus den europäischen Negativschlagzeilen herauszukommen. Die Themen scheinen schon vertraut: Die anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise gepaart mit dem Druck der Europäischen Union, dazu noch wiederkehrende Korruptionsvorwürfe brachten Ende Februar 2013 (erneut) eine slowenische Regierung zu Fall. Die neue Regierung ist umso mehr um Schadensbegrenzung bemüht. Denn neben Regierungs- und Wirtschaftskrise blieb kaum Raum für konstruktive Politik – immerhin aber (erneut) für einen Zwist mit Kroatien, dessen EU-Beitritt im Juli 2013 Slowenien vorübergehend infrage stellte.

## Erneute Regierungskrise mit alten und neuen Gesichtern

Einen ersten Personalwechsel offerierte Slowenien bereits Ende 2012: Am 2. Dezember 2012 siegte in den Präsidentschaftswahlen im zweiten Wahlgang ein „alter Bekannter“, Borut Pahor (Socialni demokrati, SD), mit 67,4% über Amtsinhaber Danilo Türk (32,6%). Sein Sieg sei „der Anfang von etwas Neuem, eine neue Hoffnung, eine neue Zeit“ verkündete Pahor direkt nach der Wahl. Die geringe Wahlbeteiligung von nur knapp 32%, ein Minusrekord in der slowenischen Geschichte, zeugte allerdings von der Verweigerung der slowenischen Bürger, die in den Wochen zuvor bereits zu Zehntausenden wegen geplanter Einschnitte ins Sozialsystem auf die Straße gegangen waren.

Der Sieg Pahors muss aber auch als nachträgliche Bestätigung seiner Politik gewertet werden: Während seiner Amtszeit als Ministerpräsident des Landes von November 2008 bis Januar 2012 versuchte Pahor notwendige Einschnitte im Sozialsystem durchzusetzen, um das Land nicht weiter in die Finanz- und Wirtschaftskrise rutschen zu lassen. Nachdem seine Koalition Stück für Stück auseinanderbrach und er über ein Misstrauensvotum stolperte, brachten ihm die Neuwahlen im Dezember 2011 die endgültige Abwahl. Seine Sozialdemokraten stürzten damals auf den dritten Platz ab; Pahor musste nach fünfzehn Jahren den Parteivorsitz räumen.<sup>1</sup> Wie Phönix aus der Asche stellte er sich nun im neuen Amt auch seinem schärfsten Kontrahenten und Kritiker, dem amtierenden Premierminister Janez Jansa, gegenüber, der nur ein knappes Jahr nach seinem Amtsantritt ohnehin schon wieder heftig ins Wanken geraten war.

Im Januar 2013 kündigte der kleinere Koalitionspartner, die liberale Bürgerliche Liste (CL) von Ex-Verwaltungsminister Gregor Virant die Koalition mit Jansas konservativer Slowenischer Demokratischer Partei (SDS) auf, nachdem erneut Korruptionsvorwürfe gegen den Premier laut geworden waren. Jansa, der schon früher in Korruptionsaffären verwickelt war, die ihn fast den Regierungsantritt gekostet hätten,<sup>2</sup> wird vorgeworfen, 210.000 Euro seines Privatvermögens nicht dem Parlament gemeldet zu haben und dessen

---

1 Vgl. dpa/AFP, 3.12.2012.

2 Vgl. auch Sabine Willenberg (2013): Slowenien. In: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der europäischen Integration 2012, Baden-Baden 2012, S. 481 ff.

Herkunft nicht schlüssig erklären zu können. Den von der Bürgerliste geforderten Rücktritt, lehnte Jansa dennoch ab. Bei der Regierungsbildung ein Jahr zuvor war die Bürgerliste bereits das „Zünglein an der Waage“ gewesen, das die Regierungsmehrheit Jansas nur knapp sicherte. Nach dem Abzug von sieben Mandaten aus dem Fünf-Parteien-Bündnis stürzte ihn die Opposition Ende Februar mit einem Misstrauensvotum.<sup>3</sup>

Auch die neue Regierungsbildung hing wieder von der Bürgerliste ab, die sich schließlich der Koalition aus Vertretern der Partei Positives Slowenien (PS), der Rentnerpartei (DEUS) und der slowenischen Sozialdemokraten (SD) anschloss. Mit Alenka Bratusek wird die Regierung nun erstmals im unabhängigen Slowenien von einer Frau, aber auch einer relativ unbekanntem Politikerin übernommen, deren Durchsetzungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit Beobachter noch skeptisch sehen.<sup>4</sup>

### Slowenien unter Reformdruck

Dabei sind die Herausforderungen, vor denen sie steht, enorm: Die schwere Wirtschaftskrise hält nach wie vor an, die Wirtschaft schrumpfte im letzten Jahr um ca. 2%, die Arbeitslosigkeit wuchs auf 12% und damit auf einen Rekordstand seit der Unabhängigkeit des Landes. Zu kämpfen hat die Wirtschaft vor allem auch mit den maroden Banken, die unter faulen Krediten von ca. 7 Milliarden Euro ächzen, was rund 20% der slowenischen Wirtschaftsleistung entspricht.<sup>5</sup>

Die rigiden Sparmaßnahmen, vor allem auch in Form von Einsparungen im öffentlichen Sektor und dort massiven Freistellungen und Entlassungen, mit denen die Vorgängerregierung der Krise zu begegnen versuchte, quittierte die Bevölkerung nicht zuletzt angesichts der gleichzeitig wiederaufflammenden Korruptionsvorwürfe gegen Jansa mit scharfer Kritik und öffentlichem Protest. Ende Januar 2013 gingen rund 100.000 Menschen auf die Straße. Fast alle Schulen, Kindergärten und Universitäten blieben in dem Staat mit rund zwei Millionen Einwohnern geschlossen.<sup>6</sup>

Die Regierung Bratusek distanzierte sich in einer ersten Erklärung nach dem erfolgreichen Misstrauensvotum von Jansas rigorosem Sparkurs, zunächst ebenso von dessen Plänen eine Staatsholding zur Verwaltung und Privatisierung von Staatsbeteiligungen zu gründen und eine „Bad Bank“ zur Auslagerung fauler Bankkredite zu etablieren.<sup>7</sup> Letztere führte Wirtschaftsminister Uros Cufar aber nach der Amtseinführung wieder ins Feld.<sup>8</sup>

Sparmaßnahmen sind in Slowenien unvermeidlich. Die Wirtschaftsdaten sind ernüchternd. Nach der Ratingagentur Moody's hatte im Mai 2013 auch Konkurrent Fitch die Kreditwürdigkeit des Eurolandes herabgestuft. Die Europäische Kommission wurde nach mehrmaligen Warnschüssen im Rahmen des EU-Defizitverfahrens immer konkreter und kompromissloser.<sup>9</sup> Wie unter der Jansa-Regierung zeigt sich Slowenien aber auch unter der neuen Regierung selbstbewusst und hält an dem unbedingten Ziel fest, die Krise allein und

---

3 Vgl. [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de), 23.01.2013 und [ZeitOnline](http://ZeitOnline), 28.02.2013.

4 Vgl. [www.ntv.de](http://www.ntv.de), 27.02.2013.

5 Vgl. [Euractiv.com](http://Euractiv.com), 28.02.2013: Slovenia sacks its PM as bailout fears grow und [www.handelsblatt.de](http://www.handelsblatt.de), 14.03.2013.

6 Vgl. Michael A. Lange (2013): Slowenien vor einem politischen und wirtschaftlichen Neuanfang? Konrad-Adenauer-Stiftung Länderbericht, 5. April 2013. [www.kas.de](http://www.kas.de).

7 Vgl. Lange (2013): Slowenien vor Neuanfang? a.a.O.

8 Vgl. [Euractiv.com](http://Euractiv.com), 29.03.1013: Heavy-handed Cyprus bailout puts pressure on Slovenia.

9 Vgl. [Deutsche Welle](http://Deutsche Welle), 18.05.2013: Neuer Nackenschlag für Slowenien.

ohne Euro-Rettungsschirm zu meistern, und somit als souveränes Land zu bestehen. So versprach Bratusek eindringlich: „I state clearly – there will be no Greek scenario in Slovenia.“<sup>10</sup>

Gelingen soll dies mit einem Sparplan, den Finanzminister Cufer Mitte Mai 2013 auch der Europäischen Kommission vorlegte: Fünfzehn Staatsbetriebe will Slowenien verkaufen, darunter die zweitgrößte Bank, die größte Telekommunikationsgesellschaft, die nationale Fluggesellschaft Adria Airways und den Flughafen der Hauptstadt Ljubljana. Die Festlegung auf enge Zeitrahmen vermeidet der Plan der Mitte-Links-Regierung; ebenso macht er weitere Einschnitte im öffentlichen Sektor von Verhandlungen mit den Gewerkschaften abhängig. Gepaart mit der geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer von 20 auf 22% zum 1. Juli 2013 sowie einer Immobilienabgabe soll das Maßnahmenpaket laut Bratusek aber dennoch reichen, um nicht unter den Schutzschirm schlüpfen zu müssen.<sup>11</sup>

Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem und EU-Währungskommissar Olli Rehn zeigten sich nur bedingt überzeugt und riefen die Regierung auf, schnell und entschlossen gegen die Probleme im maroden Bankensektor vorzugehen. Es dürfe keine Zeit mehr verschwendet werden.<sup>12</sup> Die Pläne der EU-Kommission vom 29. Mai 2013 verschaffen Slowenien und den anderen Euro-Krisenländern aber möglicherweise eine Atempause: Angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise will die EU-Kommission den Sparkurs lockern. Auch Slowenien bekommt so mehr Zeit zum Defizitabbau; solange wäre es verschont von hohen Geldstrafen, müsste aber diverse Bedingungen, unter anderem die schnelle Umsetzung des geplanten Sparplans erfüllen.<sup>13</sup>

### **Wankelmütige Außenpolitik: Erneut zeitweilige Blockade des EU-Beitritt Kroatiens**

Durchaus spannend machte es Slowenien im vergangenen Jahr auch gegenüber seinem südöstlichen Nachbarn Kroatien, der für den 1. Juli 2013 den EU-Beitritt avisierte, dafür aber noch der entsprechenden Ratifizierungen seines Beitrittsvertrages durch die Mitgliedstaaten, damit auch Slowenien, bedurfte. Während die Zustimmung aller anderen Mitgliedstaaten als unkritisch galt, schienen im Falle Sloweniens Zweifel berechtigt. Kroatien fürchtete hier ernstlich um eine Gefährdung seines termingerechten Beitritts.

Slowenien hatte in den vergangenen Jahren bereits gezeigt, dass es wusste, wie es seine Position als EU-Mitglied einsetzen kann, um bilaterale Forderungen gegenüber dem Beitrittsanwärter durchzusetzen: Schon 2008/2009 hatte es über mehrere Monate den Fortgang der Beitrittsverhandlungen zwischen Kroatien und der EU mit einem Veto blockiert, begründet damals durch Grenzstreitigkeiten in der Bucht von Piran. Erst nach langem Ringen konnte ein Abkommen erzielt werden, das den Fall zur Klärung an ein internationales Schiedsgericht überwies.<sup>14</sup> Das Schiedsverfahren ist mittlerweile eingeleitet; die erste Sitzung des Schiedsgerichts fand am 13. April 2012 statt. Je nach dem wie der Schiedsspruch ausfällt, kann durchaus noch einmal zwischenstaatlicher Ärger vorprogrammiert sein. Unter der neuen slowenischen Regierung dürfte die Akzeptanz des Urteils aber grundsätzlich höher sein als unter den Vorgängern: Hardliner Janez Jansa hatte sich mehrfach als Gegner des Kompromisses mit Kroatien präsentiert.

10 Vgl. Euractiv.com, 28.02.2013: Slovenia sacks its PM as bailout fears grow und www.handelsblatt.de, 14.03.2013.

11 Vgl. Euractiv.com, 9.5.2013: Slovenia self-inflicts austerity plan to avoid bailout.

12 Vgl. Deutsche Welle, 14.5.2013: Eurogruppe fordert Slowenien zum Handeln auf.

13 Vgl. Deutsche Welle, 29.05.2013: Aufschub bei EU-Defizitverfahren.

14 Vgl. u. a. entsprechende Ausführungen in den Beiträgen der Autorin in den Jahrbüchern der Europäischen Integration 2009, 2010, 2011, 2012.

Der Konflikt, der den EU-Beitritt Kroatiens zeitweise in Frage stellte, rührt aber von einem anderen Thema her: Es geht um die alten Sparguthaben kroatischer Bürger in der slowenischen *Ljubljanska banka*. Ljubljana besteht darauf, dass die Entschädigung der Sparer im Rahmen der Rechtsnachfolge Jugoslawiens bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich gelöst wird. So sieht es auch das Sukzessionsabkommen von 2001 vor. Kroatien wäre dagegen eine bilaterale Lösung lieber. Wegen des Konflikts um die kroatischen Sparer, die nach der Pleite der *Ljubljanska banka* Anfang der 1990er Jahre ihr Geld verloren, verweigert Zagreb der Nachfolgerin *Nova Ljubljanska banka* (NLB) den Markteintritt.

Bei seinem Antrittsbesuch am 19. März 2012 in Zagreb hatte Sloweniens Außenminister Karl Erjavec noch betont, dass er sich persönlich für eine schnelle Ratifizierung des Beitrittsvertrags in Slowenien einsetzen werde.<sup>15</sup> Mitte Juli 2012 einigten sich die beiden Staaten darauf, den Banken-Disput von einem zweiköpfigen Expertengremium bearbeiten zu lassen. Nur kurz darauf brachte Außenminister Erjavec aber die Trumpfkarte ins Spiel: Sollte sich nicht eine für Ljubljana zufriedenstellende bilaterale Lösung finden, werde Slowenien die Ratifizierung des Beitrittsvertrags verweigern und den EU-Beitritt Kroatiens blockieren. Kroatische Appelle beim Treffen der EU-Außenminister, der Streit um die *Ljubljanska banka* müsse von der Ratifikation des Beitrittsvertrags separiert bleiben, blieben ungehört. Dagegen bezeichnete Erjavec gleichentags unmissverständlich eine Lösung des Konflikts als Voraussetzung für eine EU-Mitgliedschaft Kroatiens.<sup>16</sup> Im September 2012 verschärfte Slowenien insofern die Gangart, als auch das Parlament die Blockade des EU-Beitritts Kroatiens offiziell absegnete.<sup>17</sup>

Die kroatischen Hoffnungen lagen damit bei dem eingesetzten Expertengremium, das im Frühjahr 2013 dann Ergebnisse vorlegte, die letztlich zu einer slowenisch-kroatischen Einigung führten – und den Weg Kroatiens in die EU endlich frei machten: Am 10. März 2013 unterzeichneten die Regierungschefs Sloweniens und Kroatiens, Janez Jansa und Zoran Milanovic, ein entsprechendes „Memorandum of Understanding“, nach dem Jansa – als eine seiner letzten Amtshandlungen – den Ratifizierungsprozess im Parlament einleitete. Unter der neuen Regierung Bratusek kam es dann am 2. April 2013 zur offiziellen Ratifizierung des EU-Beitrittsvertrags im slowenischen Parlament. Die slowenische Tageszeitung urteilte optimistisch: „Dass es sich diesmal tatsächlich um ein neues Kapitel in den Beziehungen handelt, beweist auch die Tatsache, dass Kroatiens Regierungschef Zoran Milanovic bei der Ratifizierung in Ljubljana anwesend [war]. Wir können vermuten, dass Sloweniens Regierungschefin Alenka Bratusek mit der Einladung Milanovics zeigen will, dass man von nun an vor allem zusammenarbeiten und sich gegenseitig helfen will. [...] In Zeiten, in denen es sonst fast nur schlechte Nachrichten gibt, ist die Ratifizierung des kroatischen EU-Beitrittsvertrags [...] wirklich eine gute Nachricht.“<sup>18</sup>

### Weiterführende Literatur

Michael A. Lange: Slowenien vor einem politischen und wirtschaftlichen Neuanfang? Konrad-Adenauer-Stiftung Länderbericht, 5. April 2013. [www.kas.de](http://www.kas.de).

---

15 Vgl. Republika Hrvatska – Ministarstvo vanjskih i europskih poslova: Priopćenje za javnost 91/2012, 19.03.2012.

16 Vgl. NZZ, 23.07.2012: Slowenien droht Kroatien im Streit um bankrotte Bank.

17 Vgl. Sabine Willenberg (2013): S. 26-39, „Kukuriku“ oder „Nicht ohne meine Nachbarn“: Kroatien im Endspurt zum EU-Beitritt, in: Südosteuropa Mitteilungen 01/2013, hier S. 36ff. Republika Hrvatska – Ministarstvo vanjskih i europskih poslova: Priopćenje za javnost 277/2012, 03.09.2012; *Vecernji List*, 01.10.2012: Probleme sa Slovencima riješit emo bez Amerike.

18 Vgl. Delo, 02.04.2013: Končno dobra novica. [www.delo.si](http://www.delo.si).